

auch ein halbes Jahrhundert später keine Rede sein. Das Phänomen ist, woran uns Kittner erinnert, so alt wie die auf abhängiger Arbeit basierende menschliche Zivilisation.

Walther Müller-Jentsch

Herausforderung für die politische Kultur der Demokratie

Peter Hurrelbrink: Der 8. Mai 1945 – Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland. Mit einem Vorwort von Gesine Schwan. Bonn (Verlag J.H.W. Dietz) 2005, 411 S., kart., 24.00 €.

Der Autor, Leiter der OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat ein Buch – seine überarbeitete Dissertation am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin – vorgelegt, in dem sich fokussiert auf den 8. Mai 1945 die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte widerspiegelt. Mit dem 8. Mai 1945 meint der Autor nicht so sehr das kalendarische Datum des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, der 8. Mai 1945 steht viel mehr „für ein symbolisch hoch aufgeladenes und mehrdimensionales Bedeutungsfeld“ (S. 13). Als Quellen für den empirischen Teil seiner Untersuchung benutzt er staatlich-offizielle Stellungnahmen – d. h. die Reden öffentlicher Repräsentanten (Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundestagspräsidenten, SED-Generalsekretäre). Begleitend ausgewertet und damit den historischen Kontext erschließend werden die politischen und publizistischen Debatten und auch individuelle Zeitzeugenschaft dokumentiert. Der Ausgangspunkt für seine Analysen ist die zutreffende Feststellung, dass das heutige Interesse nicht mehr direkt auf die Jahre 1933–1945 ziele, sondern darauf, „wie dieser Teil der deutschen Geschichte rezipiert, interpretiert und in das kollektive Gedächtnis inkorporiert worden ist. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Völkermord an den Juden verschränkt sich immer mehr mit der Erinnerung an diese Erinnerungsarbeit“ (S. 17).

Den Anfang setzte Theodor Heuß 1949 mit seiner Feststellung, dass der 8. Mai die zugleich tragischste und fragwürdigste Paradoxie unserer Geschichte gewesen sei: „weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“. (S. 63) In den 50er Jahren war dann das Hauptinteresse darauf gerichtet, den emotionalen Antikommunismus als Abwehrstrategie gegen eigene kritische Erinnerungsleistungen zu nutzen. Die knappe treffende Bemerkung des Herausgebers der Frankfurter Rundschau, Karl Gerold, im Jahre 1955 hatte Seltenheitswert: „Dass dieser Hitler und seine Ergebnisse bei uns möglich waren – das ist die w i r k l i c h e nationale Katastrophe“ (S. 86).

Der Autor kann nüchtern belegen, dass Bundeskanzler Helmut Kohl in stärkerem Maße als alle anderen Bundeskanzler auf die deutsche Vergangenheit eingegangen ist, nicht nur auf den Krieg, sondern auch auf den Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Aber es verwundert nicht, wenn Hurrelbrink feststellt, dass die Fragen nach Haftung und Verantwortung von Kohl fast ohne jede Konkretisierung blieben (S. 189). Rita Süßmuth und Bernhard Vogel haben da Bedeutenderes ausgesagt. Zentral stellt sich dann die Frage, warum die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 so viel Resonanz bekam – Hurrelbrink

nennt sie denn auch die spektakulärste Rede auf staatlicher Ebene. Weizsäcker hatte den 8. Mai als einen Tag der Erinnerung an das genannt, „was die Menschen erleiden mussten“, aber zugleich als einen Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte – und dies konkret und fast ohne Leerformeln. Der Autor meint, dass eine große Rolle gespielt habe, dass der Aristokrat und Wehrmachtsoffizier gesprochen habe und dies zu einem Zeitpunkt, als die meisten Zeitzeugen in ein Alter gekommen waren, in dem mit der wachsenden Erinnerung auch der Wunsch nach Fixierung und Weitergabe entstehe. Entscheidend aber war wohl, dass Weizsäcker den Befreiungsbegriff „mit hohem demokratisch-normativen Gehalt“ gefüllt habe (S. 363). Diese Deutung korrespondiert mit der Bilanz, die Jürgen Habermas für die Entwicklung von den 1950er bis in die 1990er Jahre zog: Die Bundesrepublik habe sich in dem Maße politisch zivilisiert, „in dem sich die Wahrnehmungssperren gegen den Zivilisationsbruch Auschwitz gelockert hätten“ (S. 301).

Diese Erwartung war entschieden zu optimistisch, wie der Blick auf die Vorgeschichte des 50. Jahrestages 1995 zeigt. Der Autor verweist nicht nur auf Ernst Nolte und seine Anhänger, die den deutschen „Nationalmasochismus“ anklagten. Er verweist auch auf Heinrich August Winkler und dessen These, dass 1990 „der historische Ausnahmezustand“ endete, „in dem Deutschland nicht souverän gewesen war“. Damit ist offenbar ein Paradigmenwechsel in Gang gesetzt worden, der auf eine „national-affirmative Lesart deutscher Geschichte“ hinauslaufe, wie Hurrellbrink deutungssicher meint und dabei ausdrücklich betont, dass bei Winkler keine antidemokratischen Untertöne zu finden seien (S. 263f.).

Ein anderer nationaler Ausnahmezustand endete ebenfalls: die SED-Diktatur. Für diese gehörten der 8. Mai und die sich wiederholenden Feiertagsrituale verbunden mit monotonen, formelhaften Variationen bekannter Lesarten zum entfalten Feiertagskatalog. Die DDR figurierte an der Seite der Roten Armee und der Sowjetunion als eine Art ‚Mitbefreier‘. Jedenfalls gehörte der 8. Mai zur ideologischen Fundamentierung des antifaschistischen Gründungsmythos. Die DDR, schließlich erhoben zur eigenständigen sozialistischen Nation, erschien als erfolgreicher Ausweg aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte im Unterschied und in Abgrenzung vom westdeutschen Staat. Damit war der 8. Mai instrumentalisiert zum Integrationsfaktor für die SED-Diktatur und fungierte zugleich als Teilstück der „Verhinderungsideologie für die gesellschaftliche Demokratisierung“ (S. 243, 354).

Es überrascht nicht, dass der Autor das interessenlose Verhältnis des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zur Vergangenheit deutlich machen kann; wohl überrascht es, dass bei der großen Zahl der vergangenheitsbezogenen Reden von Bundespräsident Johannes Rau zwar die Erinnerung an den Nationalsozialismus wichtigstes Leitmotiv war, aber keine direkte Äußerung zum 8. Mai zu finden ist. Zu registrieren ist für das Ende der 1990er Jahre die „öffentliche Privatisierung der Erinnerung“, wie sie sich Martin Walser bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Oktober 1998 leisten zu können glaubte. Damit begann ein Prozess, der bis ins Jahr 2005 anhielt: die Herunterstufung des Normativen auf die individuell-biographische Ebene, und das heißt, wie der Autor lakonisch vermerkt: „Hinter den individuellen Erinnerungen offenbart sich der Verbrechenscharakter des Nationalsozialismus in der Regel nicht“ (S. 63). Der Krieg und das Kriegsende standen 2005

wieder derart im Vordergrund, dass die Erwartung von M. Rainer Lepsius 1989, dass es auf die Inkorporierung der Negativgehalte des Nationalsozialismus in die politische Kultur der deutschen Demokratie ankäme, bestenfalls noch immer eine Hoffnung bleibt. So kann man den Schlusssatz dieses anregenden, zum Nachdenken auffordernden Buches verstehen: „Der 8. Mai bleibt eine produktive Herausforderung für die politische Kultur der Demokratie – und Befreiung bleibt ein permanenter Prozess kritischer Erinnerung“ (S. 368).

Helga Grebing

Chemiearbeiter in der DDR

Hermann-J. Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert. Halle an der Saale (Mitteldeutscher Verlag) 2005, 416 S., 24,00 €.

Nach wie vor weist die Gesellschaftsgeschichte der DDR einige große Lücken auf. Im Rahmen der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte hat sich die Forschung insbesondere auf die Entwicklungen und Strukturen der sozialistischen Planwirtschaft konzentriert. Auch zur Sozialgeschichte der Arbeiter hat es seit den neunziger Jahren einige einschlägige Publikationen gegeben, allerdings ist dabei der Bereich der chemischen Industrie bisher weitgehend ausgespart geblieben. Ebenso blieben bislang die neueren Theorieansätze der Disziplin unter den Stichworten Institutionenökonomik, Mikropolitik und „Kulturalismus“ unbeachtet. In den letzten Jahren haben indes einige jüngere Untersuchungen begonnen, sich verstärkt der Chemiebranche unter Einschluss der neueren Ansätze zu widmen, und der anzuzeigende Sammelband bietet einen interessanten Überblick über die Möglichkeiten und Perspektiven, die diese Forschungen anbieten können. Basierend auf den Ergebnissen einer im November 2003 von Mitarbeitern der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg organisierten Tagung teilt sich der Band in zwei große Abschnitte. Der erste Teil widmet sich der Diskussion der neueren Theorieansätze in der Arbeiter- und Unternehmensgeschichte sowie ihrer Anwendbarkeit auf die Geschichte der DDR, während der zweite Teil aus empirischen Fallstudien zur Chemieindustrie in der Region Halle-Bitterfeld und ihrer Arbeiterschaft besteht.

Die vier Beiträge des ersten Abschnitts stellen einerseits Überblicke zur Theoriediskussion bereit, andererseits wird der mögliche Mehrwert aus der Zusammenführung neuerer Fragestellungen und der DDR-Geschichte herausgearbeitet. Johannes Bähr stellt in seinem Beitrag die disziplinäre Entwicklung der vergleichsweise jungen deutschen Unternehmensgeschichte in den Mittelpunkt. Neben der mittlerweile sich einstellenden Vielfalt methodischer Ansätze diskutiert er den von einigen Autoren konstatierten Gegensatz zwischen der internationalen Anschlussfähigkeit des Faches und einer deutschen „Nabelschau“, die aus geschichtspolitischen Motivationen heraus sich weitgehend auf eine Unternehmensgeschichte des Nationalsozialismus beschränke. Bähr sieht dabei allerdings keinen grundsätzlichen Gegensatz. Dagegen stünden in der jüngeren Forschung Unternehmensgeschichte und DDR-Geschichte in einem „Nicht-Verhältnis“ (41). Das Fach sei für die Zeit nach 1945